

DER ANARCHO-SYNDIKALISMUS UND DIE SPANISCHE REVOLUTION

Inhalt

DER ANARCHO-SYNDIKALISMUS UND DIE SPANISCHE REVOLUTION.....	1
Die Feuerprobe des Anarchismus	1
Die Macht in den Betrieben.....	3
Die ausländische Hilfe erdrosselt die Revolution.....	4
Der Klassenkampf im „roten“ Spanien.....	5
Die ökonomische Organisierung der Revolution	6
Die Übernahme der Produktion durch die Gewerkschaften	8
Der Anarcho-Syndikalismus	10
Die Notwendigkeit einer planmäßigen Produktion	11
Bolschewistische oder kommunistische Produktion.....	12

Die Feuerprobe des Anarchismus

Der heldenhafte Kampf der spanischen Arbeiter gegen die Faschisten ist ein Markstein in der Entwicklung der internationalen Klassenbewegung des Proletariats. Die spanischen Arbeiter haben durch ihren Kampf der Reaktion ein kräftiges „Halt!“ zugerufen und durch ihre Aktion die neue Periode des wiedererstarteten Klassenkampfes eingeleitet.

Aber nicht nur in dieser Hinsicht ist der spanische Kampf von großer Wichtigkeit für das Proletariat. Seine Bedeutung besteht andererseits auch darin, dass eine alte, in den Reihen des Proletariats propagierte Taktik und Ideologie, die des Anarchismus und Anarcho-Syndikalismus, auf die Probe gestellt wurde.

Spanien war immer das klassische Land des Anarchismus. Der gewaltige Einfluss, den diese Lehre in Spanien gewann, wird verständlich, wenn man sie in Beziehung setzt zur allgemeinen Klassenlage in diesem Lande. Die Lehre Proudhons vom individuellen, selbständigen Kleinbetrieb und ihre Verlängerung auf dem Gebiet der Großindustrie durch Bakunin stand in vollkommenem Einklang mit dem Freiheitskampf der spanischen Kleinbauern, der auch die proletarische Klassenbewegung ideologisch stark beeinflusste. Die anarchistischen Auffassungen waren tief ins spanische Proletariat eingedrungen, und sie haben ihren Stempel auf die massive Widerstandsbewegung gegen den Faschismus gedrückt.

Natürlich wollen wir nicht sagen, dass der Verlauf des Kampfes von den anarchistischen Auffassungen bestimmt worden ist oder dass er völlig das Streben der Anarchisten zum Ausdruck bringt. Umgekehrt, wir werden sehen, wie im wirklichen Kampfe die Anarchisten sich immer mehr von ihren alten Auffassungen loslösen mussten, und „Konzessionen“ machten, die schließlich auf eine totale Vernachlässigung ihrer alten Ideen hinauskam. Aber gerade darin liegt der Beweis, dass der Anarchismus den Problemen des revolutionären Klassenkampfes nicht gewachsen ist. Die anarchistischen Kampfmethoden haben sich in Spanien als untauglich erwiesen, nicht in dem Sinne, dass der zu geringe Umfang der proletarischen Widerstandsbewegung ihnen nicht gestattete, sich vollkommen zu entfalten, sondern umgekehrt in dem Sinne, dass die anarchistischen Kampfmethoden zur Organisierung des proletarischen Kampfes nicht geeignet waren. Wie die Bolschewiki in Russland Schritt für Schritt von ihrer alten kommunistischen Theorie abwichen und schließlich mit bürgerlich-kapitalistischen Methoden die Arbeiter- und Bauernmassen unterdrücken und ausbeuten, so werden jetzt auch die Anarchisten in Spanien auf diesen Weg gedrängt. Und ebenso, wie der Verlauf der russischen Revolution die Unzulänglichkeit der bolschewistischen

Auffassungen um die Fragen des Klassenkampfes zu lösen bewiesen hat, so beweist jetzt die spanische Revolution die Unzulänglichkeit der anarchistischen Auffassungen zu dieser Aufgabe.

Dies zu konstatieren, ist von außerordentlicher Wichtigkeit. Der für jeden ernsthaft revolutionären Arbeiter greifbare Verrat der II. und III. Internationale gibt den Anarchisten jetzt in der Arbeiterklasse neuen Kredit. Und der heldenhafte Kampf der spanischen Arbeiter hilft nicht wenig, um den revolutionären Glorienschein der Anarchisten zu vergrößern. In dieser Entwicklung liegt eine große Gefahr, weil sie die alten anarchistischen Illusionen mit neuer Kraft belebt, und so eine immer größere Verwirrung in der Arbeiterklasse zu Wege bringt. Gerade jetzt, wo die Anarchisten sich auf den spanischen Kampf berufen, um die Berechtigung ihrer Kritik am „Marxismus“ zu beweisen, müssen wir am konkreten Verlauf dieses Kampfes zeigen, dass es gerade die anarchistischen Auffassungen sind, die dort Schiffbruch erlitten haben, und dass noch immer die marxistische Lehre, wenn auch nicht in ihrer sozialdemokratischen Verfälschung, sondern in ihrer ursprünglichen revolutionären Reinheit, an erster Stelle steht, wo es um das Begreifen der Situation und um das Aufzeigen des Weges und der notwendigen Methoden des revolutionären Kampfes geht.

Die Schwäche der anarchistischen Auffassungen hat sich in erster Linie gezeigt in der Haltung der anarchistischen Organisationen der Frage der Organisierung der politischen Macht gegenüber. Sie haben die Auffassung vertreten, dass es, um den revolutionären Sieg zu sichern genüge, die Leitung der Betriebe in die Hände der Gewerkschaften zu legen. Sie haben nichts getan, um der Volksfrontregierung die Macht zu entreißen, haben nicht gearbeitet an der Organisierung einer politischen Rätemacht. Sie haben nicht die Lehre des Klassenkampfes der Arbeiter gegen die Bourgeoisie, sondern die des Klassenfriedens in der antifaschistischen Einheitsfront gepredigt. Später, als die Arbeitermacht von der Bourgeoisie immer mehr zurückgedrängt wurde, haben sie an der neu gebildeten Regierung teilgenommen, was sie vorher stets mit Entrüstung abgelehnt hatten. Sie versuchten diese Haltung zu rechtfertigen durch die Behauptung, dass nach der Kollektivierung die Volksfrontregierung keine politische Macht mehr sei, sondern nur eine wirtschaftliche, weil nur die Gewerkschaftsorganisationen, wozu sie auch die kleinbürgerliche Esquerra zählten, in ihr vertreten seien. Die Grundlage der Macht liege ja in den Betrieben, und diese seien in den Händen der Gewerkschaften, also der Arbeiter. Die Anarchisten in der Regierung haben in die Liquidierung der Milizkomitees eingewilligt. Die Aufnahme der Arbeitermilizen in das reguläre Heer, das Verbot der POUM - Organisation in Madrid geschah mit ihrer Zustimmung. Sie haben mit derselben Kraft bei dem Zustandekommen der bürgerlichen Macht geholfen, wie sie die Formung einer proletarischen politischen Macht zu verhindern versuchten.

Nicht, dass wir die Anarchisten für den Verlauf des Abwehrkampfes und seine Ablenkung in die bürgerliche Sackgasse verantwortlich machen wollen. An diesem Verlauf sind andere Ursachen schuld, in erster Linie die Passivität der Arbeiter in den anderen Ländern. Aber was man den Anarchisten nachzusagen hat, ist, dass sie die Kritik an dieser Situation nachgelassen haben, dass sie nicht mit aller Kraft in die Richtung einer proletarisch-revolutionären Entwicklung gesteuert haben, dass sie sich im Gegenteil mit dem jetzigen Verlauf identifiziert haben und so die Position der Arbeiter der Bourgeoisie gegenüber außerordentlich erschwerten und Illusionen schufen, die sich im weiteren Verlauf als sehr gefährlich erweisen werden. Dieser Kritiklosigkeit der spanischen Anarchisten gegenüber haben viele „Libertaire“ im Auslande eine abweisende Haltung angenommen und sie sogar des Verrats an den anarchistischen Prinzipien beschuldigt. Doch ihre Kritik ist nur negativ und ihre Haltung den Fragen des Klassenkampfes gegenüber völlig wirklichkeitsfremd. Das kann auch nicht anders sein, weil die anarchistischen Lehren nun einmal keine Antwort auf die von der Praxis gestellten Fragen geben. Keine Anteilnahme an der Regierung, keine politische Machtbildung, das ist die Losung, die von ihnen verkündet wird. Syndikalisierung der Produktion. Es ist aber gerade die Unzulänglichkeit dieser Losungen, die auf die Frage der Organisierung des revolutionären Kampfes keine Antwort geben, wodurch das Wiederaufkommen der bürgerlichen Mächte möglich wurde. Die spanischen Anarchisten sind gerade deshalb ins Fahrwasser der Bourgeoisie geraten, weil sie gegenüber den in der Praxis unerfüllbaren anarchistischen Losungen keine proletarischen zu setzen wussten. Und dieses Manko in den anarchistischen Auffassungen auszufüllen, dazu sind auch die ausländischen Anarchisten nicht im Stande, weil eine Lösung dieser Probleme nur auf der Basis der marxistischen Lehre möglich ist.

Am extremsten verhalten sich die holländischen Anarchisten (mit Ausnahme der im NSV organisierten Anarcho-Syndikalisten). Die „prinzipiellen“ Anarchisten in Holland lehnen jeden bewaffneten Kampf ab, weil er in Widerspruch zum anarchistischen Endziel stehe. Sie leugnen die

Existenz der Klassen. Wenn sie auch nicht umhin können, ihre Sympathie für die an der Seite der Volksfront kämpfenden Massen auszusprechen, so ist ihre Haltung in Wirklichkeit doch nichts anderes als eine Sabotage des Kampfes. Sie wenden sich gegen alle Aktionen, die danach streben, den spanischen Arbeitern durch Beschaffung von Waffen zu Hilfe zu kommen und setzen in den Mittelpunkt ihrer Propaganda die These, dass man alles tun müsse, um eine Ausdehnung des Kampfes auf das übrige Europa zu vermeiden. Sie propagieren den „passiven Widerstand“ nach dem Rezept - Ghandi, der, in die Wirklichkeit umgesetzt, die unbewaffneten Klassen wehrlos den faschistischen Schlächtern ausliefert.

Die oppositionellen Anarchisten sagen, dass jede Zentralisierung der Macht in einer proletarischen Diktatur oder in einer zentralen Heeresleitung eine neue Unterdrückung über die Arbeiter bedeutet. Die spanischen Anarchisten antworten darauf, dass auch sie keine politische Macht anstreben, sondern gerade durch die Syndikalisierung der Produktion jede Unterdrückung der Arbeiter unmöglich machen. Sie sind der Meinung, dass, wenn die Betriebe in den Händen der Arbeiter sind, keine über die Arbeiter herrschende Macht mehr möglich sei. Sie sind dabei dem Irrtum verfallen, dass die Macht der Arbeiter über die Betriebe und die Produktion aufrechterhalten werden kann, ohne dass diese Macht zentral und politisch organisiert ist. Die harte Praxis des Klassenkampfes hält natürlich mit diesem Irrtum keine Rechnung; die zentrale und politische Macht über die Produktion und damit auch über die Arbeiter setzt sich durch, auch wenn die Anarchisten sie nicht wollen. Wenn die Arbeiter in den Betrieben unter dem Einfluss der anarchistischen Lehre diese Macht nicht selbst organisieren, wird die politische Macht von den Vertretern der bürgerlich-kapitalistischen Interessen, den parlamentarischen Parteien, ausgeübt. Und dann bedeutet die Syndikalisierung der Produktion nichts anderes, als dass sich die Syndikate, die angeblich im Namen der Arbeiter die Betriebe verwalten, sich nach den Verordnungen und Gesetzen der bürgerlich kapitalistischen Regierung richten müssen.

Esperantistoj! Legu: „KLASBATALON“, eldonata de la grupo de internacisj komunistoj – Nederlando. Skribu al nia korespondadreso. Enhavo de Noj. 3 k 4 i.a: Rusio hodiaua, Historia materialismo, Letero Germanio

Die Macht in den Betrieben

So gesehen drängt sich die Frage auf: „Ist es wahr, dass die Arbeiter in Katalonien, wo die Anarchisten die Syndikalisierung der Produktion durchgeführt haben, die Macht in den Betrieben hatten?“ Zur Beantwortung dieser Frage genügt es, ein paar Auszüge aus der Broschüre: „Was sind die CNT und FAI?“ (offizielle Ausgabe der CNT und FAI) heranzuziehen.

„Die Leitung der kollektivierten Betriebe liegt in den Händen der Betriebsräte, die in allgemeiner Betriebsversammlung gewählt werden. Diese Räte sollen aus fünf bis fünfzehn Mitgliedern bestehen. Die Dauer der Zugehörigkeit zu den Betriebsräten ist zwei Jahre...“

„Die Betriebsräte sind verantwortlich vor der Betriebsversammlung und dem Generalrat des Industriezweiges.“

„Zusammen mit dem allgemeinen Rat des Industriezweiges regeln sie die Produktion“.

„Ferner regeln sie die Fragen der Arbeitsentschädigung, Arbeitsbedingungen, sozialen Einrichtungen usw.“

„Jeder Betriebsrat bestimmt einen Direktor. In Betrieben mit über 500 Arbeitern muss diese Ernennung im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsrat geschehen. Im Einvernehmen mit den Arbeitern des Betriebes wird ferner in jedem Betrieb ein Betriebsratsmitglied als Vertreter der Generalidad bestimmt.“

„Die Betriebsräte erstatten sowohl der Betriebsversammlung wie dem Generalidad ihres Industriezweiges laufend Bericht über ihre Arbeiten und Pläne.“

„Im Falle von Unfähigkeit oder Weigerung der Befolgung von Beschlüssen können Mitglieder des Betriebsrates von der Betriebsversammlung oder vom Generalrat der Industrie abgesetzt werden.“

„Wird eine solche Absetzung vom Generalrat der Industrie vorgenommen, dann können die Arbeiter des Betriebes dagegen appellieren, und das Wirtschaftsdepartement der Generalidad entscheidet über den Fall nach Anhörung des antifaschistischen Wirtschaftsrates.“

„Die Generalräte der Industriezweige werden zusammengesetzt aus: vier Vertretern von Betriebsräten, acht Vertretern der Gewerkschaften, je nach der Proportion der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen in der Industrie, und vier Technikern, die der antifaschistische Wirtschaftsrat stellt. Dieses Komitee arbeitet unter dem Vorsitz eines Mitgliedes des Wirtschaftsrates.“

„Die Generalräte der Industrien beschäftigen sich mit folgenden Problemen: Regelung der Produktion, Kostenberechnung, Vermeidung von Konkurrenz zwischen den Betrieben, Studium des Bedarfs an Produkten der Industrie, Studium der in- und ausländischen Märkte, Ausarbeitung von Vorschlägen über Schließung und Neuschaffung von Betrieben, Zusammenlegungen usw., Studium und Anregungen auf dem Gebiete der Arbeitsmethoden, Vorschläge für die Zollpolitik, Errichtung von Verkaufszentralen, Erwerb der Arbeitsmittel und Rohmaterialien, Aufnahme von Krediten, Errichtung technischer Versuchsstationen und von Laboratorien, Produktions- und Bedarfsstatistik, Vorarbeiten für die Ersetzung ausländischer Materialien durch inländische usw.“

Nimmt man an, dass diese Wiedergabe der Zustände mit der Wirklichkeit übereinstimmt - und es besteht kein Grund anzunehmen, dass es anders ist - dann sieht man, dass die „Generalräte der Industrie alle wirtschaftlichen Funktionen in den Händen haben. Diese Generalräte sind zusammengesetzt aus 8 Vertretern der Gewerkschaften, 4 vom antifaschistischen Wirtschaftsrat ernannte Techniker und 4 Vertreter der Betriebsräte. Der antifaschistische Wirtschaftsrat ist die bekannte Körperschaft aus dem Beginn der Revolution, der sich aus Vertretern der Gewerkschaften und der Kleinbourgeoisie (Esquerra usw.) zusammensetzt. Als direkte Vertreter der Arbeiter würden also nur die vier Vertreter der Betriebsräte gelten können. Wir sehen aber, dass die Absetzbarkeit der Betriebsratsmitglieder so geregelt ist, dass auch hier die Generalidad und der antifaschistische Wirtschaftsrat entscheidenden Einfluss hat. Denn der allgemeine Industrierat kann ihm nicht angenehme Betriebsräte absetzen, wogegen die Arbeiter Berufung einlegen können bei der - Generalidad, die in Übereinstimmung mit dem antifaschistischen Wirtschaftsrat entscheidet! Die Betriebsräte regeln die Arbeitsbedingungen, aber sind nicht nur den Arbeitern gegenüber verantwortlich, sondern auch dem Industrierat. Ein Direktor wird durch den Betriebsrat angewiesen, aber bei den großen Betrieben ist die Zustimmung des Industrierates erforderlich. Die Betriebsräte haben eine zweijährige Sitzungsperiode.

Kurz gesagt: Die Arbeiter haben in Wirklichkeit über den Verlauf der Dinge nichts zu sagen. Die Entscheidung liegt in den Händen der Gewerkschaften. Was das zu sagen hat, werden wir sehr bald sehen.

Wir können denn auch nicht, wie die CNT, so enthusiastisch über den „sozialen Aufbau“ sein. „In den öffentlichen Büros pulst das Leben einer wirklichen, konstruktiven Revolution“, schreibt Rosselli in „Was sind die CNT und FAI“ (S. 38-39). Nach unserer Meinung schlägt der Herzschlag eines „wirklichen Lebens“ der Revolution nicht in den öffentlichen Büros, sondern in den Betrieben. In den Büros schlägt das Herz eines anderen Lebens, und zwar des Bürokratismus.

Nicht an den Tatsachen üben wir Kritik. Die Wirklichkeit ist so, wie sie den Umständen und Machtverhältnissen entsprechend ist, und für die Tatsache, dass die Arbeiter in Katalonien nicht die Herrschaft ausüben, tragen nicht sie die Schuld. Die Ursache dafür ist in erster Linie in der internationalen Situation zu suchen; die die spanischen Arbeiter der Bourgeoisie der ganzen Welt gegenüberstellt. Unter solchen Umständen kann das spanische Proletariat sich nicht von seinen kleinbürgerlichen „Bundesgenossen“ frei machen; wodurch die spanische Revolution schon in ihren ersten Anfängen erstickt wird.

Unsere Kritik richtet sich nur dagegen, dass die Zustände in Katalonien als Sozialismus bezeichnet werden. Denn diejenigen, die dies den Arbeitern als Wahrheit verkünden - teils weil sie selbst dieser Meinung sind, teilweise aber auch, weil sie ihren Einfluss auf den Gang der Dinge nicht verlieren wollen -, verhindern damit, dass Arbeiter sich klar werden über das, was in Spanien stattfindet, und erschweren damit die Entwicklung des revolutionären Kampfes.

Die spanischen Arbeiter können sich nicht gegen die Herrschaft der Gewerkschaften zur Wehr setzen, weil das den Zusammenbruch der militärischen Front zur Folge haben müsste. Und sie können den Kampf nicht aufgeben; sie müssen kämpfen, wenn sie nicht untergehen wollen. Jede Hilfe im Kampfe gegen die Faschisten, gleich von wem, ist ihnen willkommen. Sie fragen nicht, ob das Endziel ihres Kampfes Sozialismus oder Kapitalismus sein wird, denn wie auch die Frage beantwortet wird - an der Notwendigkeit des unmittelbaren direkten Kampfes, unter den Umständen so wie sie eben jetzt sind, wird damit nichts geändert. Nur ein kleiner Teil des Proletariats ist bewusst revolutionär.

Wenn die Gewerkschaften den Kampf organisieren, dann werden sich die Arbeiter dagegen sicher nicht zur Wehr setzen. In ihren Augen ist das absolut notwendig, wenn die Fortführung des Kampfes gesichert und der Zusammenbruch an der Front vermieden werden soll. Dass daran ein Kompromiss mit dem Bürgertum verbunden ist, wird dabei als nicht zu umgehen hingenommen. Die Parole der CNT aus den ersten Wochen: „Zuerst der Sieg über die Faschisten und dann erst steht die soziale Revolution auf der Tagesordnung“, bringt denn auch die allgemeine Auffassung bei den spanischen Arbeitern zum Ausdruck.

Der Grund für eine solche Haltung ist in den zurückgebliebenen spanischen Verhältnissen zu suchen; sie ermöglichen nicht nur, sie zwingen selbst zum Kompromiss mit dem Bürgertum. Doch wird damit auch der Charakter des revolutionären Kampfes selbst verändert; er kann sich nicht gegen die Klassenherrschaft des Bürgertums richten und muss notwendiger Weise zur Festigung einer neuen bürgerlich-kapitalistischen Ordnung führen.

Die ausländische Hilfe erdrosselt die Revolution

Die Arbeiterklasse in Spanien kämpft nicht nur gegen die eigene faschistische Bourgeoisie, sondern gegen die der ganzen Welt. Die „faschistischen“ Länder, Italien, Deutschland, Portugal, Argentinien u.a. unterstützen dabei die spanischen Faschisten mit allen Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen. Diese Tatsache allein schon macht in Spanien den Sieg der Revolution unmöglich. Die gewaltige Macht der feindlichen Staaten ist für das spanische Proletariat zu groß.

Wenn angesichts dieser gewaltigen Macht die spanischen Faschisten bis jetzt nicht gesiegt haben, vielmehr gerade in der letzten Zeit an mehreren Fronten militärische Niederlagen erleiden, ist das vor allem die Folge von der Lieferung von modernen Waffen an die anti-faschistische Regierung aus dem Auslande. Während Mexico schon vom Beginn an, sei es dann in beschränkter Masse, Waffen und Munition lieferte, begann Russland erst damit, nachdem der Kampf fünf Monate gedauert hatte. Diese Hilfe kam erst, nachdem die faschistischen Truppen mit modernen Waffen aus Italien und Deutschland ausgerüstet und auch sonst durch die faschistischen Mächte in jeder Weise unterstützt, die antifaschistische Miliz mehr und mehr zurückdrängte. Die Fortführung des Kampfes wurde dadurch möglich. Die weitere Folge davon war, dass Deutschland und Italien noch mehr Waffen und auch Truppen sandten, wodurch diese Länder in steigendem Maße den politischen Zustand in Spanien selbst beherrschten. Eine solche Entwicklung der Dinge konnte Frankreich und England nicht gleichgültig bleiben, die sich ihrerseits um die Verbindung mit ihren Kolonien besorgt machen. Mehr und mehr bekommt dadurch der Kampf in Spanien den Charakter einer Auseinandersetzung zwischen den imperialistischen Großmächten, die offen oder versteckt an diesem Kampfe teilnehmen, die um die Verteidigung alter oder Eroberung neuer Machtpositionen kämpfen. Von beiden Seiten werden jetzt die feindlichen Fronten in Spanien mit Waffen und Hilfskräften versorgt, und es ist noch nicht abzusehen, wo und wann dieser Kampf enden wird.

Inzwischen wurden durch diese Hilfe des Auslandes die spanischen Arbeiter vor der direkten Niederlage gerettet. Zugleich aber wurde damit der Revolution der Gnadestoß gegeben. Die modernen Waffen aus dem Auslande machen den militärischen Kampf wieder möglich, aber zugleich wurde das spanische Proletariat den imperialistischen Interessen, in erster Linie von Russland, unterworfen. Russland hilft der spanischen Regierung nicht, um die Revolution zu befördern, sondern um die Ausdehnung der Macht von Italien und Deutschland im Mittelmeer zu verhindern. Das Anhalten von russischen Schiffen und die Beschlagnahme von Schiffsladungen lassen deutlich erkennen, was Russland zu erwarten hat, wenn es Deutschland und Italien den Sieg davontragen lässt.

Russland versucht in Spanien festen Fuß zu bekommen. Wir deuten nur eben darauf hin, wie nach und nach unter russischem Druck der Einfluss der spanischen Arbeiter auf den Gang der Dinge abbröckelt; wie das Miliz-Komitee aufgehoben, die Staatsmacht im Wirtschaftsleben vergrößert, die POUM von der Regierung ausgeschlossen, die CNT in die Enge getrieben wurde usw. Den Miliztruppen der CNT und POUM an der Aragon-Front werden seit Monaten Waffen und Munition verweigert. Das alles beweist, dass die Macht, die die spanischen Antifaschisten materiell von sich abhängig gemacht hat, auch den Kampf der spanischen Arbeiter beherrscht. Sie können sich zur Wehr setzen gegen den russischen Einfluss, die russische Hilfe können sie nicht entbehren. Und darum werden sie schließlich alles hinnehmen müssen, was Russland verlangt. Solange die Arbeiter außerhalb Spaniens nicht zum Aufstand kommen gegen ihre eigene Bourgeoisie und dadurch aktive

Hilfe leisten auch für den revolutionären Kampf in Spanien, werden sie darum ihr sozialistisches Ziel opfern müssen.

Die wahre Ursache des inneren Zusammenbruchs der spanischen Revolution liegt darin, dass die spanischen Arbeiter von der materiellen Hilfe der kapitalistischen Länder - (in diesem Falle vom russischen Staatskapitalismus) - abhängig waren. Wenn die Revolution sich auf ein genügend großes Gebiet erstreckt; wenn sie sich z.B. in England, Frankreich, Italien, Deutschland, Belgien durchsetzt, dann stehen die Dinge anders. Dann hätte niemand an die Unterstützung der Faschisten in Spanien gedacht. Wenn die Konterrevolution in den wichtigsten Industriegebieten von Europa niedergeschlagen ist, so wie jetzt in Spanien in Madrid, Katalonien und Asturien, dann ist die Macht der faschistischen Bourgeoisie gebrochen. Weißgardistische Truppen in reaktionären Gebieten können dann sicherlich noch die Revolution in Gefahr bringen, aber nicht mehr vernichten. Truppen, die über keine Industrie von einiger Bedeutung verfügen, sind schnell am Ende ihrer Kraft. Darum wird auch die Arbeiterschaft, wenn sich die proletarische Revolution in den wichtigsten Industriegebieten von Europa durchsetzt, nicht mehr von kapitalistischen Mächten des Auslandes abhängig sein. Die ist dann im Stande, alle Macht zu übernehmen.

So kommen wir erneut zu der Schlussfolgerung, dass die proletarische Revolution nur siegen kann, wenn sie international ist. Bleibt sie beschränkt auf ein kleines Gebiet, dann wird sie entweder mit bewaffneter Gewalt niedergeschlagen, oder sie entartet, indem sie für die imperialistischen Interessen der kapitalistischen Mächte gebraucht wird. Ist sie im internationalen Masse genügend stark, dann braucht auch eine Entartung in staats- oder privatkapitalistischem Sinne nicht befürchtet zu werden. Die Probleme, die dann auftauchen, behandeln wir im folgenden Abschnitt.

Der Klassenkampf im „roten“ Spanien

Wenn wir im vorigen Kapitel auseinandergesetzt haben, wie die internationalen Verhältnisse das spanische Proletariat zum Kompromiss mit den bürgerlichen Kräften zwangen, so ist damit nicht gesagt, dass nun im „roten“ Spanien der Klassenkampf aufgehört habe. Im Gegenteil: Auch unter dem Deckmantel der „anti-faschistischen Einheitsfront“ wird er fortgesetzt. Die Angriffe der Bourgeoisie auf alle Machtpositionen der Arbeiter beweisen dies: die Liquidierung der Arbeiterkomitees, die schrittweise Verstärkung der Position der Regierung, usw. Die Arbeiter im „roten“ Spanien können sich dieser Entwicklung gegenüber nicht gleichgültig verhalten, ihrerseits müssen sie versuchen, die errungenen Positionen zu behaupten, das weitere Vordringen der Bourgeoisie zu verhindern und der Entwicklung eine neue, revolutionäre Richtung zu geben.

Wenn die Arbeiter in Katalonien versäumen, gegen das erneute Vordringen der Bourgeoisie Front zu machen, ist ihre völlige Niederlage gewiss. Nach einem eventuellen Sieg der Volksfrontregierung über die Faschisten wird diese alle Kräfte einsetzen, um das Proletariat in seine vorherige Lage zurückzudrängen. Der Kampf zwischen der nach Befreiung aus der kapitalistischen Knechtschaft strebenden Arbeiterklasse und der Bourgeoisie wird dann weitergeführt werden, aber in ungleich schwierigeren Verhältnissen für das Proletariat, weil die „demokratische“ Bourgeoisie nach ihrem durch die Arbeiter erkämpften Siege über die Faschisten dann alle Kräfte für den anti-proletarischen Kampf aufbieten kann. Die systematische Abbröckelung der Arbeitermacht dauert schon seit Monaten an, und in den Reden Caballeros kann man schon jetzt hören, was die Arbeiter von der heutigen Regierung erwarten können, wenn sie dieser einmal zum Siege verholfen haben.

Wir haben gesagt, die spanische Revolution kann nur siegen, wenn sie sich im internationalen Rahmen ausdehnt. Aber die spanischen Arbeiter können nicht warten, bis die Revolution im übrigen Europa ausbricht, sie können nicht warten auf eine Hilfe, die bis jetzt nur zu den frommen Wünschen gehört. Sie müssen schon jetzt ihre Sache verteidigen, nicht nur gegen die Faschisten, sondern auch gegen ihre bürgerlichen „Bundesgenossen“. Die Organisierung ihrer Macht auch in der heutigen Lage ist für sie eine zwingende Notwendigkeit.

Wie verhält sich nun die spanische Arbeiterbewegung selbst dieser Frage gegenüber?

Die einzige Bewegung, die auf dieser Frage eine konkrete Antwort gibt, ist die POUM. Sie propagiert die Einberufung eines allgemeinen Rätekongresses, aus dem eine wirkliche proletarische Regierung hervorgehen soll.

Dazu ist zu sagen, dass die Grundlage für ein derartiges Streben bis jetzt noch nicht vorhanden ist. Die sogenannten „Arbeiterräte“, insoweit sie noch nicht liquidiert sind, stehen zum großen Teil unter dem Einfluss der Generalidad, die auf ihre Zusammensetzung eine scharfe Kontrolle ausübt. Übrigens,

auch sonst kann die Zusammenrufung eines Kongresses nicht die Macht der Arbeiter über die Produktion sichern. Die gesellschaftliche Macht umfasst mehr als die Ausübung einer Regierungsfunktion. Nur wenn die proletarische Macht das ganze gesellschaftliche Leben durchdringt, kann sie sich behaupten. Die zentrale politische Macht, wie groß ihre Bedeutung auch sein möge, ist doch nur das Verbindungsglied der überall in allen Teilen des gesellschaftlichen Lebens wurzelnden Machtpositionen.

Wenn die Arbeiter ihre Macht der Bourgeoisie gegenüber organisieren wollen, können sie diese Aufgabe nur von Grund auf anfassen. Als erstes müssen sie ihre Betriebsorganisationen von dem Einfluss der offiziellen Parteien und Gewerkschaften befreien, weil diese sie an die heutige Regierung und dadurch an die kapitalistische Gesellschaft binden. Von den Betriebsorganisationen aus müssen sie ihren Einfluss in allen Teilen des gesellschaftlichen Lebens zur Geltung bringen. Nur auf dieser Grundlage ist die Bildung der proletarischen Macht möglich. Und nur auf dieser Grundlage können sich die Kräfte der Arbeiterklasse zur Zusammenarbeit finden, nur von hier aus kann die Organisation der Arbeitermacht erfolgen.

Die ökonomische Organisation der Revolution

Die Fragen der politischen und ökonomischen Organisation der Revolution sind nicht voneinander zu trennen. Die Anarchisten, die die Notwendigkeit der politischen Organisation leugnen, konnten dadurch auch auf die Frage der ökonomischen Organisation keine zutreffende Antwort geben. Die Frage der Verbindung der Arbeit in den verschiedenen Produktionsstätten und der Güterzirkulation steht in enger Beziehung zu der Bildung einer politischen Arbeitermacht. Die Macht der Arbeiter in den Betrieben kann sich nicht behaupten ohne die Bildung einer politischen Arbeitermacht, eben so wenig wie die Letztere eine Arbeitermacht bleiben kann, wenn nicht die Betriebsräteorganisation ihre Grundlage bildet. So erhebt sich, nachdem wir die Notwendigkeit der Bildung einer politischen Macht aufgezeigt haben, die Frage nach der Form der proletarischen Macht, wie sie sich in der Gesellschaft durchsetzt und wie sie in den Betrieben wurzelt.

Angenommen, die militärische Macht der Bourgeoisie sei dadurch, dass die Arbeiter in den hauptsächlichlichen Industriegebieten, z.B. Europas, die Macht erobert hätten, zum größten Teil gebrochen, dann droht der Revolution von außen keine wesentliche Gefahr mehr. Aber jetzt sind die Arbeiter - die gemeinsamen Besitzer der Betriebe - vor die Aufgabe gestellt, diese für die Bedürfnisse der Gesellschaft umwandeln zu lassen. Hierfür sind Rohstoffe nötig. Woher müssen sie kommen? Oder, das Produkt ist fertig: Wohin muss es gesandt werden, wer hat Bedarf daran?

Alle diese Probleme können nicht gelöst werden, wenn jeder Betrieb nach eigener Weise zu arbeiten begänne. Die Rohstoffe für einen jeden Betrieb kommen aus allen möglichen Teilen der Erde und seine Produkte werden an allen möglichen Ecken und Enden verbraucht. Wie müssen die Arbeiter erfahren, von wo sie ihre Rohstoffe beziehen müssen, wie finden die Verbraucher ihre Produkte? Es kann auch nicht aufs Geratewohl produziert werden und es können keine Produkte oder Rohstoffe abgegeben werden, ohne festzustellen, dass sie in zweckentsprechender Weise verwandt werden. Wenn das Wirtschaftsleben nicht sofort zusammenbrechen soll, dann müssen Regelungen getroffen werden, nach denen eine Organisation der Güterbewegung möglich ist.

Hierin liegt dann allerdings die Schwierigkeit. Im Kapitalismus wird diese Aufgabe erfüllt durch den „Freien Markt“ und durch das Geld. Auf dem „Markte“ treten sich die Kapitalisten, die Besitzer der Produkte, gegenüber; hier werden die Bedürfnisse der Gesellschaft festgestellt. Das Maß dafür ist das Geld. Die Preise bringen den ungefähren Wert der Produkte zum Ausdruck. Im Kommunismus dagegen fallen diese an den Privatbesitz gebundenen und ihm entspringenden Einrichtungen weg. Es entsteht also die Frage: WIE MÜSSEN DIE BEDÜRFNISSE DER GESELLSCHAFT FESTGESTELLT UND BESTIMMT WERDEN?

Uns ist bekannt, dass der „freie Markt“ seine Aufgabe nur sehr mangelhaft erfüllt. Die Bedürfnisse, die er misst, sind nicht bestimmt durch die wirklichen Lebensbedürfnisse der Menschen, sondern durch die Kapitalkraft der Besitzenden und durch die Lohnhöhe der einzelnen Arbeiter. Im Kommunismus dagegen geht es darum, die wirklichen Bedürfnisse der Massen zu befriedigen; es muss also das wirkliche Bedürfnis festgestellt werden, und nicht jenes, das abhängt vom Inhalt des Portemonnaies.

Selbstredend können die Bedürfnisse der Massen nicht durch irgendeinen bürokratischen Apparat festgestellt werden, sondern nur durch die Arbeiter selbst. Es kommt hierbei nicht in erster Linie

darauf an, ob die Arbeiter fähig sind, dies selbst zu tun, sondern es handelt sich dabei um das *Verfügungsrecht über die gesellschaftlichen Produkte*. Lässt man einen bürokratischen Apparat darüber verfügen, welche Bedürfnisse die Masse haben darf, so ist hiermit ein neues Machtinstrument über die Arbeiterklasse geschaffen. Für die Arbeiter ist es darum notwendig, sich in Verbraucher-Genossenschaften (Kooperationen) zusammenzuschließen und so selbst den Organismus zu schaffen, der ihre Bedürfnisse zum Ausdruck bringt. Genau dasselbe gilt für die Betriebe. Dort sind es die in den Betriebsorganisationen vereinigten Arbeiter, die feststellen, wieviel Rohstoffe usw. sie für das von ihnen herzustellende Produkt nötig haben. Es gibt also nur ein Mittel, um im Kommunismus die Bedürfnisse, und zwar die wirklichen Bedürfnisse der Massen, festzustellen, nämlich die Organisation der Produzenten-Konsumenten, der Arbeiter in Betriebsorganisationen und Verbrauchergenossenschaften.

Nun genügt es aber noch nicht, wenn die Arbeiter wissen, was zu ihrem Lebensunterhalt nötig ist und dass die Betriebe wissen, wieviel Rohstoffe usw. sie haben müssen. Die Betriebe untereinander beliefern sich gegenseitig, es findet ein Stoffwechsel statt, die Produkte durchlaufen in den verschiedenen Phasen mehrere Betriebe, bevor sie in den Verbrauch eingehen können. Um diesen Prozess aufrecht erhalten zu können, ist es nötig, nicht nur Quanten festzustellen, sondern auch zu administrieren. Wir kommen so auf den zweiten Teil des Mechanismus, der den „Freien Markt“ ablösen muss, nämlich die ALLGEMEINE GESELLSCHAFTLICHE BUCHHALTUNG. Diese wird die Angaben, die sie von den verschiedenen Betrieben und Verbrauchergenossenschaften erhält, zu einem übersichtlichen Ganzen verarbeiten müssen, welches einen genauen Einblick in die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Gesellschaft gestattet.

Die Errichtung einer solchen zentralen Buchhaltung ist unerlässlich, wenn die Gesamtproduktion nicht im Chaos untergehen soll. Zumindest dann, wenn der Privatbesitz an den Produktionsmitteln und mit ihr der „Freie Markt“ beseitigt ist. Oder besser gesagt, der „Freie Markt“ kann nicht eher verschwinden, ehe nicht eine derartige Organisation des Güterverkehrs mittels der Produzenten- und Konsumenten-Genossenschaften und der zentralen Buchhaltung ins Leben gerufen ist.

Russland zeigte, wie sich der „Freie Markt“ trotz aller durch die Bolschewiki angewandten Unterdrückungsmaßnahmen behauptete, und dies, weil die Organe, die ihn ersetzen sollten, nicht funktionierten. In Spanien ist die Ohnmacht der Organisationen, eine kommunistische Produktion aufzubauen, aus der Tatsache des Fortbestehens des „Freien Marktes“ deutlich zu konstatieren. Sehr wohl hat die alte Form des Eigentums ein anderes Gesicht angenommen. Anstelle des persönlichen Besitzes an den Produktionsmitteln steht heute teilweise ein Zustand, in dem die Gewerkschaftsorganisationen die Rolle des früheren Besitzers in etwas modifizierter Form übernommen haben. Die Form ist geändert, das System ist geblieben. Der Besitz als solcher ist nicht abgeschafft, der Tausch von Waren und Werten ist nicht verschwunden. Dies ist denn auch die große Gefahr, die die spanische Revolution von INNEN bedroht.

Die Arbeiter haben die Aufgabe, eine prinzipiell neue Form der Güterverteilung zu finden. Bleiben sie an den jetzigen Formen kleben, so haben sie damit für die völlige Restauration des Kapitalismus alle Türen offengelassen. Im anderen Falle, wenn tatsächlich eine zentrale Güterverteilung verwirklicht wurde, haben die Arbeiter die Aufgabe, den zentralen Apparat unter ihrer Kontrolle zu halten. Es besteht sonst die Möglichkeit, dass dieser Apparat, der eingesetzt wurde, zur bloßen Registration und zu statistischen Zwecken, sich Machtfunktionen aneignet und sich ein Machtinstrument schafft, welches gegen die Arbeiter eingesetzt werden kann. Die Entwicklung hätte damit den ersten Schritt in staatskapitalistischer Richtung eingeschlagen.

Die Übernahme der Produktion durch die Gewerkschaften

Diese Tendenz ist in Spanien sehr deutlich wahrnehmbar. In den Händen der Gewerkschaftsleitungen befindet sich ein großer Teil der Verfügungsgewalt über den Produktionsapparat. Ebenfalls üben sie auf die militärischen Formationen einen entscheidenden Einfluss aus. Der Einfluss der Arbeiter auf das ökonomische Leben geht nicht weiter als durch den Einfluss, die sie auf die Gewerkschaften haben. Wie sehr dieser Einfluss ein beschränkter ist, beweisen die Maßnahmen der Gewerkschaften, die wohl nicht zu einem ernsthaften Angriff auf das Privateigentum geführt haben.

Wenn die Arbeiter die Regelung des ökonomischen Lebens *selbst* in die Hand nehmen, wird eine ihrer ersten Maßnahmen gegen das Parasitentum gerichtet sein. Der Zustand, dass für Geld alles käuflich ist, dass Geld der Zauberer ist, der alle Pforten öffnet, er wird verschwinden. Eine der ersten

Maßnahmen der Arbeiter wird ohne Zweifel die Ausgabe einer Art Arbeitsgeld sein. Nur der wird es erhalten, der für die Gesellschaft eine nützliche Arbeit verrichtet (besondere Regelungen für Alte, Kranke, Kinder, usw. werden natürlich notwendig sein).

In Katalonien ist dieses *nicht* geschehen. Hier blieb das Geld der Vermittler bei den Gütertransaktionen. Wenn auch eine gewisse Kontrolle auf die Güterbewegung eingeführt wurde, so hat dies doch nichts geändert an der Tatsache, dass die Arbeiter ihr bisschen Besitz ins Pfandhaus bringen müssen, während die Hausbesitzer ein arbeitsloses Einkommen in der Höhe von 4% ihres Kapitals bis zu einer gewissen Grenze garantiert bekommen. („L'Espagne Antifasciste“ - 10. Oktober).

Man kann mit dem Einwand kommen, dass die Gewerkschaften keine anderen Maßnahmen ergreifen konnten, weil sie sonst die antifaschistische Einheitsfront in Gefahr gebracht hätten. Und dass sie nach dem Sieg über die Faschisten sehr sicher das Versäumte nachholen und alle notwendigen Reformen durchführen würden. Die freiheitliche Einstellung der CNT sei eine sichere Garantie dafür.

Wer so argumentiert, verfällt in denselben Fehlern wie die verschiedenen Bolschewiki von links und rechts. Die bisher ergriffenen Maßnahmen beweisen eindeutig, dass die Arbeiter heute die Macht nicht in Händen haben. Mit welchen Argumenten will man den Standpunkt verteidigen, dass dieselben Gewerkschaftsapparate, die heute *über die Arbeiter* herrschen, nach der Niederlage der Faschisten ihre Macht freiwillig in die Hände der Arbeiter legen werden?

Sicher, die CNT ist freiheitlich. Selbst wenn wir annehmen, dass ihre Spitzen bereit wären, wenn die militärische Lage es erlaubt, von ihrer Verfügungsgewalt Abstand zu nehmen, was wäre damit verändert? Denn nicht der eine oder der andere Führer hat die Macht; die Macht liegt in den Händen des großen Apparates, der sich aus all den unzähligen größeren und kleineren Bonzen, die die Schlüsselpositionen und Positionen beherrschen, zusammensetzt. Sie sind im Stande, in dem Moment, wo man sie aus ihrer selbstverständlich bevorrechteten Position vertreiben will, die ganze Produktion auf den Kopf zu stellen. Hier taucht genau dasselbe Problem auf, dass auch in der russischen Revolution eine solche schwerwiegende Rolle gespielt hat. Der bürokratische Apparat sabotierte dort, solange die Arbeiterkontrolle in den Fabriken bestand, das ganze Wirtschaftsleben. Genau so geht es in Spanien. Alle von der CNT für die Idee des Selbstbestimmungsrechtes der Betriebsbelegschaften aufgebrachte Begeisterung ändert nichts an der Tatsache, dass die Gewerkschaftskomitees faktisch die Funktion der „Arbeitgeber“ übernommen haben, und somit den Arbeitern gegenüber als Ausbeuter aufzutreten gezwungen sind. Das System der Lohnarbeit ist in Spanien aufrechterhalten, nur eins ist verändert: War sie früher Lohnarbeit im Dienste des Kapitalisten, so ist sie es heute im Dienste der Gewerkschaften. Um das zu beweisen, seien einige Zitate aus „L'Espagne Antifasciste“ angeführt. In Nummer 24 vom 28. Nov. 1938 finden wir einen Artikel: „Die Revolution organisiert sich“. Ihm entlehnen wir das Folgende:

„Das provinziale Plenum von Granada, gehalten zu Guadix vom 2. - 4. Oktober 1936, hat folgende Beschlüsse gefasst: ...

5. Das Komitee der Gewerkschafts-Einheit soll die Kontrolle über die gesamte Produktion (Es ist hier vom Landbau die Rede) ausüben. Es wird ihm dafür alles zur Aussaat und Ernte nötige Material zur Verfügung gestellt.

6. Als Grundlage der Zusammenarbeit mit anderen Gebieten muss jedes Komitee den Güteraustausch dadurch zustande bringen, indem es die Werte der Produkte nach Maßgabe der gangbaren Preise miteinander vergleicht.

7. Um die Arbeit zweckmäßig zu gestalten wird das Komitee dazu übergehen müssen, alle Bewohner, die nicht arbeitsfähig sind und die, die es wohl sind, statistisch zu erfassen. Damit ihm bekannt wird, mit wieviel Arbeitskräften gerechnet werden kann und wie die Lebensmittel nach der Größe der Familie rationsweise zu verteilen sind.

8. Das beschlagnahmte Land wird als Gemeinschaftseigentum erklärt. Jedoch darf das Land derjenigen, die über genügende physische und Berufskapazität verfügen, nicht enteignet werden. Dieses, um ein Maximum an Rentabilität zu erhalten.“

(Außerdem darf das Land der kleinen Eigentümer nicht beschlagnahmt werden. Die Inbeschlagnahme wird durch aus CNT und UGT zusammengesetzte Organe ausgeführt.)

Diese Beschlüsse sind aufzufassen als eine Art Plan, wonach das Gewerkschafts-Einheits-Komitee die Agrarproduktion organisieren will. Hierbei ist festzustellen, dass die Leitung der Kleinbetriebe - und

ebenfalls derjenigen Großbetriebe, bei denen die „Maximum-Rentabilität“ gewährleistet ist, - in den Händen der alten Besitzer verbleiben soll. Der übrige Grundbesitz wird für die „Gemeinschaft“ enteignet, d.h. unter die Leitung des Gewerkschafts-Komitees gestellt. Ferner erhält das G.E.K. die Kontrolle über die Gesamtproduktion. Aber mit keiner Silbe wird erwähnt, welche Rolle die Produzenten selbst in dieser neuen Produktionsordnung spielen sollen. Dieses Problem besteht für UGT und CNT anscheinend überhaupt nicht. Sie sehen ihre Aufgabe lediglich darin, eine andere Leitung, und zwar die der G.E.K., für eine Produktion zu errichten, die weiter auf der Basis der Lohnarbeit bestehen bleibt. Und doch entscheidet gerade die Frage der Erhaltung des Lohnsystems über die Entwicklung der proletarischen Revolution. Wenn die Arbeiter nach wie vor Lohnarbeiter bleiben, sei es auch im Dienste eines durch ihre eigene Gewerkschaft errichteten Komitees, dann bleibt ihre Position im Produktionssystem unverändert. Die soziale Revolution wird durch den unvermeidlich einsetzenden Kampf um ökonomischen Einfluss für Gewerkschaft oder Parteien von ihrer Haupttrichtung abgedrängt.

Dann erhebt sich die Frage: Inwieweit kann man die Gewerkschaften als wirkliche Vertretung der Arbeiter betrachten, d.h., wieviel Machteinfluss haben die Arbeiter über die zentralen Gewerkschaftskomitees, die das gesamte ökonomische Leben beherrschen?

Die Wirklichkeit zeigt, dass die Arbeiter jeden Einfluss resp. Macht über diese Organisationen verlieren. Selbst im günstigsten Falle, wenn alle Arbeiter in der CNT und UGT organisiert sind und selbst die Komitees gewählt haben, verwandeln sich diese, einmal in Funktion, nach und nach in selbständige Machtorgane. Diese Komitees stellen alle Normen für die Produktion und Distribution fest, ohne Verantwortung gegenüber der Arbeiterschaft, die sie in ihre Funktion hob - ohne dass sie nach dem Willen der Arbeiter jeden Augenblick abgelöst und ersetzt werden könnten. Sie erhalten die Verfügung über alle für die Arbeit erforderlichen Produktionsmittel sowie über die Produkte, während die Arbeiter lediglich eine bestimmte Lohnsumme für die von ihnen geleistete Arbeit erhalten.

Das Problem für die spanischen Arbeiter besteht also vorläufig darin, die Macht über die Gewerkschaftskomitees, welche die Produktion und Distribution beherrschen, zu erhalten. Und hier zeigt sich deutlich, dass die anarcho-syndikalistische Propaganda die entgegengesetzte Wirkung erzeugt: Die Anarcho-Syndikalisten meinen, dass alle Schwierigkeiten überwunden sind, wenn nur die Gewerkschaften die Leitung der Produktion erhalten. Sie sehen wohl die Gefahr der Bildung einer Bürokratie, aber nur in den Staatsorganen - nicht in den Gewerkschaften. Sie glauben, dass die „freiheitliche Gesinnung“ eine derartige Entwicklung unmöglich mache.

Aber gerade in Spanien dürfte es sich genügend gezeigt haben, dass die „Freiheitliche Gesinnung“ beiseite geschoben wird, wenn die materielle Notwendigkeit ihre Forderungen stellt. Auch von anarchistischer Seite kann man die Entwicklung einer Bürokratie bestätigt finden. Der „L'Espagne Antifasciste“ vom 1. Januar enthält einen Artikel, übernommen aus der „Tierra y Libertad“ (Grund und Freiheit, Organ der FAI), woraus wir Folgendes zitieren:

„Das letzte Plenum der ‚Regionale Föderation‘ der Anarchistischen Gruppen in Katalonien hat ... den Standpunkt des Anarchismus gegenüber den Forderungen der Gegenwart festgestellt. Wir werden alle diese Beschlüsse bekanntgeben und dieselben mit einem kurzen Kommentar versehen.“

Aus diesen kommentierten Beschlüssen ist der nachstehende Auszug entnommen:

„4) Es ist notwendig, die parasitäre Bürokratie, die sich gegenwärtig in starkem Maße in den unteren und oberen Organen des Staates entwickelt hat, zu beseitigen.“

„Der Staat ist der ewige Brutplatz gewesen für eine bestimmte Klasse: die Bürokratie. Gegenwärtig wird der Zustand ernst. Sie schleppt uns mit in eine Strömung, die für die Revolution gefährlich ist. Die betriebliche Kollektivierung, mit der Errichtung von Räten und Komitees, hat den Nährboden geschaffen für eine neue Bürokratie, die dem Schoß der Arbeiterschaft selbst entsprungen ist. Die Ziele des Sozialismus missachtend, geschieden von dem Geist der Revolution, handeln die Elemente, die die Leitung der Produktionsstätten oder der außerhalb der Gewerkschaftskontrolle stehenden Industrien in Händen haben, oft als wirkliche Bürokraten mit absoluten Vollmachten und treten auf als neue Herren.“

„In den Staatsbüros und in den örtlichen Organen kann man sich überzeugen von der Zunahme der ‚Federnässer‘. Diesen Dingen muss ein Ende gemacht werden, Es ist die Aufgabe der

Gewerkschaften und Arbeiter, gegen diesen Strom des Bürokratismus einen Damm zu errichten. Und es ist die Gewerkschaftsorganisation, die diese Aufgabe lösen kann.“

„Das Parasitentum muss aus der neuen Gesellschaft verschwinden. Es ist unsere gebieterische Pflicht, den Kampf dagegen mit den schärfsten Mitteln und ohne Zögern zu beginnen.“

Jedoch die Bürokratie durch die Gewerkschaften vertreiben, hieße den Teufel durch Belzebub austreiben wollen. Denn es sind die Machtverhältnisse und nicht die idealistischen Lehrsätze, die den Lauf der Entwicklung bestimmen. Der spanische Anarcho-Syndikalismus, der mit anarchistischen Lehrsätzen durchtränkt ist, erklärt sich für „Freien Kommunismus“ und gegen jegliche zentrale Gewalt. Jedoch seine eigene Kraft ist konzentriert in der Gewerkschaftsorganisation, und darum ist dieses das Mittel, wodurch die Anarchosyndikalisten den „freien“ Kommunismus verwirklichen wollen.

Der Anarcho-Syndikalismus

So sehen wir, dass bei den spanischen Anarchosyndikalisten Theorie und Praxis verschiedene Wege gehen. Dies konnten wir bereits feststellen, als ersichtlich war, dass CNT und FAI sich nur dadurch halten konnten, indem sie Schritt für Schritt ihren antipolitischen Standpunkt preisgaben. Genau dasselbe müssen wir nun konstatieren bei dem „ökonomischen Aufbau der Revolution“.

Theoretisch sind sie Vorkämpfer des „freien“ Kommunismus, aber um die „freien“ Betriebe in Bewegung zu bringen im Interesse der Revolution, sind sie gezwungen, ihnen die „Freiheit“ zu nehmen und die ganze Produktion einer zentralen Leitung unterzuordnen. Die Praxis zwingt auch hier zum Verlassen der Theorie. Das bedeutet also, dass die Theorie nicht für die Praxis berechnet war.

Eine Erklärung hierfür finden wir, wenn wir die Theorie vom „freien Kommunismus“ etwas näher betrachten. Dann zeigt sich sogleich, dass diese in Wirklichkeit den Auffassungen Proudhons entstammen, die seinerzeit durch Bakunin an die modernen Produktionsverhältnisse angepasst wurden.

Diese Auffassungen, die Proudhon vor etwa 100 Jahren in Bezug auf den Begriff des Sozialismus entwickelte, sind nichts anderes als idealistische Vorstellungen des Kleinbürgers, der die freie Konkurrenz der Kleinbetriebe als den idealen Zustand sah, auf den die Entwicklung gerichtet sein müsse. Die freie Konkurrenz solle automatisch alle Privilegien abschaffen, weil letztere nur dem Monopol, d.h. dem Geldmonopol der Banken und dem Grundmonopol der Großgrundbesitzer ihre Entstehung verdanken. Auf diese Weise solle dann auch aller Zwang von oben herab überflüssig werden. Die Profite sollten verschwinden, jeder solle nur den „vollen Ertrag seiner Arbeit“ erhalten, eben weil nach Proudhon die Profite nur durch das Handelsmonopol entstehen konnten. „Ich will das Eigentum nicht abschaffen, sondern verallgemeinern, d.h. auf den Kleinbesitz zurückführen und der Macht entkleiden; denn Proudhon verurteilt nicht die Tatsache des Besitzes, in der freien Verfügung über die Früchte der Arbeit sieht er ‚das Wesen der Freiheit‘. Er verurteilt das Eigentum als Vorrecht und Macht, das Herrenrecht am Eigentum.“ („Proudhon und der Sozialismus“ von Gottfried Salomon, S. 31). Das Geldmonopol z.B. wollte Proudhon durch die Errichtung einer zentralen Kreditbank abschaffen, oder auch durch den gegenseitigen Kredit der Produzenten untereinander, in jedem Falle jedoch musste der Kredit kostenlos sein. Werden wir hieran nicht erinnert, wenn wir in der „L'Espagne Antifasciste“ vom 10. Oktober Folgendes lesen:

„Das Syndikat CNT der Beamten der Leihbank in Madrid schlägt die sofortige Umwandlung aller Leihbanken in Institutionen für Gratis-Kredite für die arbeitenden Klassen vor, und zwar gegen eine Vergütung von 2% per Jahr ...“

Aber der Einfluss von Proudhon auf die anarcho-syndikalistische Gesinnung beschränkt sich nicht allein auf diese relativ unwichtigeren Punkte. Der Sozialismus Proudhons stellt in seinen Grundzügen die Basis der gesamten anarcho-syndikalistischen Lehre dar, höchstens dass Annäherungen an die modernen großindustriellen Verhältnisse vollzogen wurden.

In den Auffassungen der CNT sind einfach die Betriebe als selbständige Einheiten in den „Freikonkurrenz-Sozialismus“ aufgenommen. Die Anarcho-Syndikalisten wollen nicht zum Kleinbetrieb zurück, sie wollen diesen auf die Dauer selbst liquidieren, oder, noch besser, seines natürlichen Todes sterben lassen, weil derselbe nicht rationell arbeitet.

Aber ersetzt man in den Schriften Proudhons das Wort „Kleinbetrieb“ durch das Wort „Großbetrieb“ das Wort „Handarbeiter“ durch „Arbeitersyndikat“, dann erhält man den Sozialismus der CNT zurück. Wenn die privatkapitalistischen Tendenzen in den russischen Agrarkollektiven sich weiter durchsetzen und diese sich unabhängig vom Staat machen könnten, dann würde die Organisation der russischen Agrarproduktion ein prachtvolles Beispiel des anarcho-syndikalistischen Sozialismus darstellen.

Die Notwendigkeit einer planmäßigen Produktion

In Wirklichkeit sind jedoch diese Auffassungen utopisch und, wie die Erfahrung zeigte, für Spanien nicht zu verwirklichen. Eine freie Konkurrenz ist gegenwärtig nicht mehr möglich und gewiss nicht in einer Kriegswirtschaft wie in Katalonien. Wo verschiedene Betriebe oder ganze Ortschaften sich frei und selbständig gemacht, aber in Wirklichkeit diese Freiheit benutzt hatten, um die Verbraucher ihrer Produkte auszuplündern, müssen nun CNT und FAI die Folgen ihrer ökonomischen Theorien mit Kraft bekämpfen. Die waren hierzu gezwungen, weil ein Kampf Aller gegen Alle zu entbrennen drohte, gerade in dem Augenblick in der der Bürgerkrieg die einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte zwingend erfordert. Sie wissen keinen anderen Weg, als wie die Bolschewisten und Sozialdemokraten auch, nämlich Aufhebung der Selbständigkeit der Betriebe und Unterwerfung derselben an eine zentralökonomische Leitung.

Dass sie diese Leitung mittels ihrer eigenen Gewerkschaftsorganisation errichten, ändert an der wesentliche Bedeutung derselben nichts. Wenn nämlich die Arbeiter als Lohnarbeiter in das zentral geleitete Produktionssystem eingefasst sind, kann auch eine CNT-Leitung nichts anderes daraus machen als ein nach kapitalistischen Prinzipien funktionierendes System. So zeigt sich, dass die theoretischen Auffassungen der Anarcho-Syndikalisten sich durch die Praxis in ihr Gegenteil verwandeln. Das ist auch nicht anders möglich, denn sie können keine Antwort geben auf die wichtigste Frage, vor welche die ökonomische Organisation der proletarischen Revolution zu stehen kommt. Diese Frage ist:

„Auf welche Weise wird der Anteil bestimmt, den jeder Teil des Produktionssystems oder jedes Mitglied der Gemeinschaft vom Totalprodukt erhält? „

Gemäß der anarcho-syndikalistischen Theorien sollen die selbständigen Betriebe oder freien Individuen diesen Anteil durch den Gebrauch des „freien Kredits“, durch die Produktion für den Markt und den Rückempfang des vollen Wertes durch den Austausch selbst bestimmen. Dieser Grundgedanke wurde auch aufrechterhalten, als man - bereits vor Jahren - die Notwendigkeit der Planproduktion und darum auch der zentralen Buchführung einsah. Die Anarcho-Syndikalisten wollen wohl das ökonomische Leben planmäßig leiten und sind der Meinung, dass dies ohne zentrale Registrierung, wodurch das Produktionsleben statistisch erfasst und die gesellschaftlichen Bedürfnisse festgestellt werden können, nicht gut möglich ist. Sie versäumen jedoch, eine Basis anzugeben, worauf diese statistischen Feststellungen beruhen. Es ist doch eine feststehende Wahrheit, dass die Produktion nicht statistisch erfasst und planmäßig geregelt werden kann, wenn man nicht einen Maßstab besitzt, mit dem die Produkte gemessen werden können.

Bolschewistische oder kommunistische Produktion

Kommunismus bedeutet Produktion für die Bedürfnisse der breiten Massen. Die Frage, wieviel durch den Einzelnen konsumiert werden kann und schließlich die Frage, wie die Rohstoffe und Halbfabrikate über die verschiedenen Betriebe verteilt werden, kann nicht gelöst werden in der dem Kapitalismus eigenen Weise, nämlich durch den Gebrauch des Geldes als allgemeiner Maßstab. Das Geld ist als solches Ausdruck bestimmter Eigentumsverhältnisse. Wer Geld hat, hat mittels desselben Anspruch auf einen bestimmten Anteil des gesellschaftlichen Produktes.

Dies gilt für jeden Einzelnen ebenso wie für jedes Unternehmen. Im Kommunismus jedoch ist der Privatbesitz an Produktionsmitteln aufgehoben. Und doch muss jeder Einzelne seinen bestimmten Teil zur Konsumtion aus dem gesellschaftlichen Reichtum erhalten, ebenso müssen jedem Betrieb die benötigten Rohstoffe und Hilfsmittel erreichbar sein. Wie dies tun? Darauf kann uns der Syndikalismus keine andere Antwort geben, als dass dieser Teil „statistisch“ festgestellt werden muss.

Wir haben hier mit einem der schwerwiegendsten Probleme jeder proletarischen Revolution zu tun, und der Syndikalismus steht ihm ohnmächtig gegenüber. Würden die Arbeiter die Feststellung der Anteile des einzelnen einfach einem „statistischen Büro“ in die Hände geben, dann hätten sie damit

eine Macht geschaffen, die durch sie nicht mehr kontrolliert werden kann. Umgekehrt dagegen, wenn die Arbeiter in den Betrieben einfach das Recht haben, sich einen willkürlichen Teil zu nehmen, ist ebenfalls eine geordnete Produktion ausgeschlossen.

Das Problem steht also im Grunde folgendermaßen: Wie sind die beiden, auf den ersten Blick entgegengesetzten Dinge, *alle Macht den Arbeitern*, also größtmöglicher Föderalismus, und *planmäßige Regelung der Produktion*, also äußerster Zentralismus miteinander zu vereinigen?

Die Antwort auf diese Frage ist nur zu geben, wenn man von einer Betrachtung der Grundlagen der gesamten gesellschaftlichen Produktion ausgeht. Die Arbeiter in den Betrieben geben allesamt an die Gesellschaft ein und dasselbe Ding, nämlich *ihre Arbeit*. Hierdurch erst werden sie zu vollwertigen Mitgliedern der kommunistischen Gesellschaft. In einer Gesellschaft ohne Ausbeutung, wie sie die kommunistische ist, kann es darin gar nicht anders sein, als dass die Arbeit, d.h. das, was der Einzelne der Gesellschaft gibt, der Maßstab ist für das, was er von der Gesellschaft an Konsumtionsmitteln zurückempfängt.

Im Produktionsprozess werden die Rohstoffe zu für die Konsumtion brauchbaren Produkten durch die Hinzufügung von Arbeit. Für ein „statistisches Büro“ würde es heute völlig unmöglich sein, die in den jeweiligen Produkten steckende Arbeit festzustellen. Das Produkt ist durch unendlich viele Hände gegangen, eine unübersichtlich lange Reihe von Maschinen, Hilfsmitteln, Rohstoffen und Halbfertigprodukten wurden zu seiner Fabrikation verwendet. Welches zentrale statistische Büro könnte alle diesen Summen zu einem übersichtlichen und für die Reproduktion brauchbaren Ganzen verarbeiten? Andererseits dagegen ist es für den einzelnen Betrieb sehr gut möglich, wenn ihm mitgeteilt wurde, wieviel Arbeitszeit die von ihm gebrauchten Rohstoffe befragen, festzustellen, wieviel Arbeitszeit er selbst verwandte, und aus diesen beiden Summen durch einfache Addition die Menge der bisher im Produkt kristallisierten Arbeitszeit anzugeben. Weil nun alle Betriebe miteinander im Produktionsprozess verbunden sind, ist es eine Kleinigkeit für den Einzelbetrieb aus allen erhaltenen Angaben die Gesamtmenge der Arbeitszeit, die im fertigen Produkt steckt, zu berechnen. Ebenfalls einfach ist es, durch Division von verwandter Arbeitszeit durch Produktenmenge die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit für das einzelne Produkt anzugeben. Diese letztere Größe ist nun bestimmend für den Konsumenten: Um ein Produkt zu erhalten, muss er lediglich den Nachweis bringen, dass er die im Produkt steckende Arbeitszeit in anderer Form bereits an die Gesellschaft gegeben hat. Hier ist also jede Ausbeutung ausgeschlossen; jeder empfängt, was er gibt, jeder gibt dem, von dem er empfängt, nämlich die *gleiche Summe gesellschaftlich-durchschnittlicher Arbeitszeit*. Für ein zentrales statistisches Büro, welches den einzelnen Arbeiterkategorien „ihren“ Teil zuweist, ist im Kommunismus kein Platz.

Die Menge, die der einzelne Arbeiter verzehrt, wird nicht von „oben“ bestimmt, sondern jeder Arbeiter bestimmt *durch seine Arbeit* selbst, wieviel er von der Gesellschaft zurückfordern kann. Eine andere Möglichkeit zur Festlegung des Verhältnisses zwischen Geben und Nehmen kann es im Kommunismus (zumindest in seiner ersten Phase) nicht geben. Statistische Büros haben lediglich die Aufgabe der Administration, sie können auch aus den erhaltenen Einzeldaten gesellschaftliche Durchschnittswerte berechnen u. dergl. Sie sind ein Betrieb wie alle anderen Betriebe auch, besondere Rechte kommen ihnen nicht zu. Dort wo ein Zentrales Büro andere Funktionen, Machtfunktionen ausübt, ist kein Kommunismus, sondern Ausbeutung, Entrechtung, Kapitalismus.

Für eine mehr ins Einzelne gehende Betrachtung auf diesem Gebiete verweisen wir auf die von der AAUE ausgegebene Broschüre „Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung“ und ihre Zusammenfassung in RK 10/11. Hier war nur festzustellen, dass die Frage, ob die eine oder andere Diktatur entstehen muss, nicht gelöst werden kann von der Frage nach der Grundlage der Produktion und Verteilung, die in einer Gesellschaft herrschen. Nochmals, wenn nicht die Arbeitszeit als Maßstab für die gesamte Produktion und Distribution fungiert, wenn ein „statistisches Büro“ den Arbeitern die „Ration“ zuteilt, wenn das Verhältnis von Produktion und Konsumtion nicht unmittelbar durch den Produktionsprozess selbst bestimmt wird, dann folgt notwendig Kapitalismus, sei es auch eine neue Art Kapitalismus.

Die Syndikalisten bleiben auf die Frage, nach welchen Prinzipien die Güterverteilung geregelt werden soll, die Antwort schuldig. In der ganzen Abhandlung welche „L'Espagne Antifasciste“ an die ökonomische Rekonstruktion widmet, wird lediglich an einer einzigen Stelle die Frage nach der Recheneinheit im Kommunismus angeschnitten, nämlich in der Nummer vom 11. Dezember 1936, wo es heißt:

„In dem (sehr wahrscheinlichen) Falle, dass ein Tauschmittel eingeführt wird, das mit dem heutigen Gelde nichts mehr gemein hat, und nur zum Zwecke der Vereinfachung des Tausches fungiert, wird der ‚Rat für den Kredit‘ diese Tauschmittel administrieren.“

Der Gedanke der Notwendigkeit einer Recheneinheit, um eine Übersicht der gesellschaftlichen Bedürfnisse möglich zu machen und um einen Maßstab für Konsumtion und Produktion zu erhalten, ist hier nicht einmal im Keime anwesend. Das „Tauschmittel“ hat nur die Funktion, den Tausch zu erleichtern. Wie es diese Aufgabe erfüllen soll, darüber kein Wort. Nach welchem Maßstab die Produkte sich in diesem Tauschmittel ausdrücken sollen, - in der ganzen Abhandlung wird darüber nichts gesagt. Wie die Bedürfnisse festgestellt werden, ob durch Betriebsräte oder Verbrauchergenossenschaften oder durch die Techniker der Administrationsbüros, kein Wort, keine Silbe. Worin das neue Tauschmittel prinzipiell vom Gelde sich unterscheiden soll, dies wird nicht auseinandergesetzt. Dagegen wird die technische Ausrüstung des Produktionsapparates in allen Details behandelt. Die *ökonomischen Probleme* werden von den Syndikalisten zu *technischen Problemen* gemacht.

In dieser Beziehung sind die Syndikalisten eng verwandt mit den Bolschewisten. Auch bei den Bolschewisten steht die technische Organisation der Produktion im Zentrum des Interesses. Der einzige Unterschied zwischen den beiden Auffassungen ist die größere Naivität der syndikalistischen. Der Frage nach dem Entstehen neuer Bewegungsgesetze in der Ökonomie trachten sie beide zu entweichen. Dagegen geben die Bolschewisten wohl eine Antwort, sogar eine sehr konkrete, auf die Frage der technischen Organisation, sie sind für eine absolute Zentralisation unter Leitung eines diktatorischen Apparates. Die Syndikalisten hingegen, mit ihrem Streben nach „Selbständigkeit der einzelner Betriebe“, wissen noch nicht einmal dieses Problem zu lösen. Soweit sie dagegen *in der Praxis* Beiträge zu seiner Lösung liefern, tun sie es, indem sie das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter preisgeben. Denn Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter über die Betriebe und Zentralisation der Leitung der Produktion sind nun einmal solange nicht zu vereinen, als die Grundlage des Kapitalismus, die Geld- und Warenwirtschaft nicht zerschlagen und eine neue Ordnung auf der Grundlage der gesellschaftlich-durchschnittlichen Arbeitszeit ins Leben gerufen ist. Die Einführung der Letzteren können die Arbeiter nicht von den Parteien erwarten, dazu bedarf es ihrer eigenen Tat.